V-23

Das Leid im Jemen lindern: Rüstungsexporte stoppen!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Antragsteller*in:	Omid Nouripour (Frankfurt KV)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Seit Jahren leiden die Menschen im Jemen unter einem brutalen Krieg und seinen schrecklichen Folgen. Er hat für eine der größten humanitären Katastrophen der Welt gesorgt. Seit Kriegsbeginn sind bereits über 10.000 Menschen an den direkten Folgen der Kampfhandlungen gestorben, zahllose weitere an Hunger und Krankheiten. Fast eine Million Menschen sind mit Cholera infiziert und können wegen fehlender medizinischer Versorgung und dem fast vollständigen Kollaps öffentlicher Dienstleistungen nur unzureichend versorgt werden. 7 Millionen Menschen sind akut vom Hunger bedroht. Über hundert Kinder sterben täglich an akuter Mangelernährung und ihren Folgen, mehr als 11 Millionen Kinder sind dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die Trinkwasserversorgung in den großen Städten ist nahezu vollständig zusammengebrochen. Diese dramatische Lage führt dazu, dass fast 20 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen sind.

Dieses Ausmaß von Leid und Zerstörung im Jemen ist in erster Linie durch die äußere Intervention in einen ursprünglich lokalen Konflikt verursacht worden – vor allem durch die Bombenangriffe einer Staatenkoalition unter Führung Saudi-Arabiens. Sie finden mit Unterstützung der USA und Großbritanniens statt und durch Waffen aus europäischer Herstellung. Diese Angriffe richten sich oft gezielt gegen zivile Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser. Fast alle Mitglieder der Staatenkoalition sind Empfänger von direkten oder indirekten Waffenlieferungen aus Deutschland. Zudem produziert Saudi-Arabien in Lizenz deutsche Gewehre. Auch der Iran hat mit seiner Unterstützung der Houthi-Milizen zu dieser Eskalation beigetragen: diese haben mit ihrem gewaltsamen Feldzug nach Sana’a und Aden und dem daraus resultierenden Sturz der Regierung Hadi den Konflikt zuallererst begonnen.

Neben den eigentlichen Kriegshandlungen ist die illegale Seeblockade durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate die bedeutendste Ursache für die Mangelernährung der Bevölkerung. Trotz der Existenz eines Kontrollmechanismus der Vereinten Nationen bringen diese Staaten dadurch – unter dem Vorwand, Waffenschmuggel verhindern zu wollen – die Versorgung großer Teile des Landes nahezu zum Erliegen. Diese Blockade, ebenso wie die Schließung des Flughafens Sana’a, die Belagerung von Städten und weitere Behinderungen humanitären Zugangs verstoßen gegen die Bestimmungen der Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216 und können entsprechend sanktioniert werden. Auch der Zugang der Vereinten Nationen, humanitärer Organisationen sowie von Journalistinnen und Journalisten wird massiv behindert.

Der Wechsel des ehemaligen Präsidenten Ali Abdallah Saleh auf die Seite der saudisch-geführten Koalition und seine Ermordung durch die ehemals mit ihm verbündeten Houthi-Milizen
stellen den Jemen vor neue politische Herausforderungen. Die verschärften Auseinandersetzungen haben zu noch mehr Opfern in der Zivilbevölkerung geführt. Gewaltsame

Angriffe auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die Blockade elektronischer Kommunikation gehören neben zahlreichen Fällen von Verschwindenlassen, Folter und außergerichtlichen Tötungen sowie dem Einsatz von Kindersoldaten zu den Vergehen aller Kriegsparteien.

Wir begrüßen es daher, dass der UN-Menschenrechtsrat mit der 36/31 des VN-Menschenrechtsrats eine unabhängige Expertenkommission zur Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen im Jemen eingesetzt hat. Wir begrüßen ebenfalls den auch auf Betreiben der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament zustandegekommenen Beschluss 2017/2849, der unter anderem die Forderung nach einem Exportstopp von Rüstungsgütern an die kriegsführenden Staaten enthält.

Nun muss die Bundesregierung handeln. Wir fordern sie auf:

- im Sinne wiederholter Beschlüsse des Europäischen Parlaments jegliche Rüstungsexporte an die am Jemenkrieg beteiligten Staaten sofort zu stoppen, keine neuen Genehmigungen an diese Staaten zu erteilen, erfolgte Genehmigungen zu widerrufen und auch keine Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen;
- in Zusammenarbeit mit den VN die Initiative für neue Friedensgespräche zu übernehmen, deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und die Gewährung humanitären Zugangs sein muss;
- sich in diesem Zusammenhang auch gegenüber der US-amerikanischen und britischen Regierungen für ein Ende der militärischen Unterstützung der arabischen Koalition einzusetzen;
- auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang für Hilfs- und Lebensmittellieferungen uneingeschränkt sicherzustellen;
- sich im Falle der Behinderung humanitären Zugangs, wie in Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216 vorgesehen, für Sanktionen gegen die Verantwortlichen aller Kriegsparteien einzusetzen;
- den Jemen weiter humanitär zu unterstützen und den Nachbarstaaten bei der Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge aus dem Jemen zu helfen;
- die Arbeit der vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzten Expertenkommission nach allen Kräften zu unterstützen und dabei besonders deren uneingeschränkten Zugang zum Kriegsgebiet einzufordern;
- die Umsetzung des Beschlusses 2017/2849 des Europäischen Parlaments nach Kräften zu unterstützen.

Begründung

Erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Agnieszka Brugger (Ravensburg KV); Tobias Lindner (Germersheim KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Sara Nanni (Münster KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Margarete Bause (München KV); Barbara Lochbihler (Ostallgäu KV); Eva Quistorp (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jörn Böhme (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Luise Amtsberg (Kiel KV); Ginan Osman (Marburg-Biedenkopf KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Birte Gäth (Berlin-Kreisfrei KV); Peter Heilrath (München KV); Martin Wilk (Berlin-Kreisfrei KV); Andreas Hoffmann (Braunschweig KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Monika Berkhan (Peine KV)